

HEUTE

● **Parlament: An den konkreten Fragen vorbei**

Seite 2

● **Solidarität bleibt in der Zwickmühle**

Seite 5

● **Scheinbare und wirkliche Weltoffenheit**

Seite 6

● **Gesichtsverlust — Gesichtungsverlust**

Seite 9

STANDPUNKT

Lafontaine

Als das ZDF in seinem „Studio 1“ am Mittwochabend vorführte, wie in Nordrhein-Westfalen, wo am 13. Mai ein neuer Landtag gewählt werden soll, Wahlkampf geführt wird, war man noch gewillt, mild zu lächeln. Pflöge, Eier und Farbbeutel als „Gegenargumente“, ein Plakat, das Lafontaine und Honecker eng umschlungen zeigte, ein affiger CDU-Werbespot — Entgleisungen, wie sie halt in der Hitze des Gefechtes vorkommen. (Vor dem 18. März war da in der DDR Schlimmeres zu erleben.)

Groß und allgemein Betroffenheit und Entsetzen, als zur gleichen Stunde der SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine nach einer Wahlveranstaltung in Köln von einer Frau niedergestochen wurde, die einen Politiker, „egal wen“, umbringen wollte, um Schlagzeilen zu machen. Selbst wenn es sich offenbar um eine geistig verwirrte Einzeltäterin ohne politischen Hintergrund handelt, bleibt eine Reihe von Fragen offen, von denen die nach den Sicherheitsvorkehrungen noch die am einfachsten zu beantwortende ist.

Das Attentat kam, auch wenn es den Anschein hat, nicht völlig aus heiterem Himmel. Versagt hat nicht in erster Linie der Personenschutz Lafontaines. Die Auseinandersetzungen haben in jüngster Zeit Konturen angenommen, die erschrecken und abstoßen. Und das durchaus grenzüberschreitend, man erinnere sich nur daran, daß ein Abgeordneter der DSU in der Volkskammer die PDS auf eine Stufe mit Goebbels stellte. Die Difamierung und Kriminalisierung des politischen Gegners vergiften, haben wie drüben, das Klima, dort, wo die Auseinandersetzung zur Abrechnung gerät, wird Haß gesät. Die Gefahr, daß Risiken nicht mehr kalkulierbar sind, wächst, wie das Attentat in Köln zeigte. Kein Grund zur Panik. Wohl aber zu tiefem Mitgefühl und kritischer Befragung.

GERD PROKOT

Dokumentation: PDS-Positionen zur Wirtschaft

Berlin (ND). „Positionen der PDS zu aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik“ veröffentlicht „Neues Deutschland“ heute auf den Seiten 7 und 8. Vorgelegt wurde das Diskussionspapier von der Kommission Wirtschaft-, Landwirtschafts- und Sozialpolitik des Parteivorstandes. Wie deren Leiter, Prof. Dr. Klaus Steinitz, dazu sagte, liegt jetzt erstmals ein komplexes Konzept für das wirtschaftspolitische Wirken der PDS vor. Antwort gegeben wird vor allem auf solche Fragen: Was bedeutet Marktwirtschaft im Interesse der Werktätigen? Welche Chancen und Risiken sind mit der Währungsunion verbunden? Soziale Sicherheit — aber wie? Was wird aus dem Gemeineigentum? Ökonomische Stärkung der Kommunen — auf welchem Wege?

„Wir haben eine konstruktive Opposition versprochen“, so Prof. Steinitz. „Mit den jetzt vorgelegten Grundpositionen treten wir dafür einen weiteren Beweis an. Wir stellen nicht nur Forderungen, sondern unterbreiten auch Vorschläge, wie ihnen entsprochen werden kann.“ Gerade bei den Verhandlungen zum Staatsvertrag mit der BRD sei von großem Gewicht, welche Perspektive der DDR-Wirtschaft im Vereinigungsprozess gegeben werde. Das entscheide maßgeblich über das künftige Lebensniveau.

Zu den neuen Aspekten in dem Positionspapier gehört der enge Zusammenhang von sozialer ökologischer Marktwirtschaft und Wirtschaftsdemokratie, der Mitbestimmung von Werktätigen auf den verschiedenen Ebenen.

Volkskammernmehrheit wischte Verfassungsentwurf vom Tisch

Von UWE STEMLER

Berlin. Es war gewiß keine Sternstunde der Demokratie, als gestern auf der 5. Volkskammertagung der Verfassungsentwurf der Arbeitsgruppe des Zentralen Runden Tisches mit den Stimmen von CDU, DA, DSU und Liberalen vom Tisch des Parlamentes gewischt wurde. Die Abgeordneten der genannten Parteien erachteten es nicht einmal für erforderlich, daß sich der Verfassungsausschuß der Volkskammer damit beschäftigt.

179 zu 187 lautete das Abstimmungsergebnis gegen entsprechende Anträge der Fraktion Bündnis 90/Grüne. Die eindringlichen Worte Dr. Wolfgang Ullmanns über die Notwendigkeit einer neuen Verfassung, um das Eigentum der DDR-Bürger zu schützen und nicht dem Ausverkauf preiszugeben, wurden vor allem mit der Begründung, man habe keine Zeit, in den Wind geschlagen. Statt dessen plädierte man für ein „paketweises Anpassen der bestehenden Verfassung“.

Ein „Anpassungspaket“ wurde gestern auch gleich geschnitten: Der Fahne für die Wehrpflichtigen wurde geändert. Das neue Gelb ist von Feindbild und bedingungslosem Gehorsam gereinigt; es verpflichtet die Wehrpflichtigen, „getreu dem Recht und den Gesetzen der DDR“ ihre „militärischen Pflichten stets diszipliniert und ehrenhaft zu erfüllen.“ Verteidigungsminister Rainer Eppelmann (DA) hatte im ersten Teil der Tagung, als Mitglieder des Ministerrates Fragen beantworteten, die Notwendigkeit der Wehrpflicht begründet.

Weitere zehn Minister und der Regierungschef standen Rede und Antwort, wobei einige — beispielsweise die Ministerin für Jugend und Sport, Cordula Schubert, und der Wirtschaftsminister, Dr. Gerhard Pohl (beide CDU) — nicht gerade vertrauenerweckend wirkten. Innenminister Dr. Peter-Michael Diestel (DSU), der bekräftigte, er wolle in seinem Amt keine Parteipolitik verfolgen, sondern dem Aufbau der neuen demokratischen Ordnung dienen, versicherte auf eine entsprechende Anfrage, daß keinerlei ehemalige MfS-Akten

Landarbeiter vor dem Parlament: Wir sind nicht Mägde und Knechte

Berlin (ND-Fischer). Wieder Volkskammersitzung — wieder Bauern-demonstration. Im Namen der 600 000 Mitglieder der Landwirtschaftlichen Arbeiter, Forstleute und Landtechniker dagegen, an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden. „Wir sind Landarbeiter, Herr Minister! Nicht Mägde und Knechte!“ hieß es. Gewerkschaftsvorsitzende Marianne Sandig forderte von der Regierung, den unkontrollierten Import von Nahrungsgütern zu stoppen. Außerdem verlangte sie die sofortige Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen mit dem Ziel, die Löhne um 30 Prozent anzuheben. Die Finanzen der Gewerkschaft aus Mitgliedsbeiträgen müßten ebenfalls 1:1 umgewandelt werden, lautete ihr Votum.

Eine neue Zukunft nicht mit alten Feindbildern

Berlin/Schwerin (ADN/ND). Die bevorstehenden Kommunalwahlen sind genauso wichtig wie die Entscheidung am 18. März. Das erklärte PDS-Vorsitzender Gregor Gysi am Donnerstagabend in Berlin. Auf dem „Wahltreff Mitte“ in der Kongresshalle sagte er, die PDS trete für mehr Selbstständigkeit Berlins ein. Für Bürgergruppen als außerparlamentarische Foren neben den gewählten Kommunalvertretungen sprach sich Dr. Peter Zottl aus, Kandidat der PDS für das Oberbürgermeisteramt.

Hans Modrow befand sich am gleichen Tag auf Wahlkampfreise im Norden der DDR. In Gesprächen mit Kandidaten der PDS und Wählern ging es um kommunalpolitische Positionen. Bei einem Soldatenforum in der Garnisonsstadt Goldberg drehten sich Frage und Antwort vor allem um die Zukunft der

Schichtarbeit am 6. Mai bei Auszählung der Stimmen

Berlin (ND-Kimmel). Die Partei der Republikaner ist für die Kommunalwahlen am 6. Mai nicht zugelassen. Das betrifft auch Einzelkandidaturen. Über diesen Beschluß des Präsidiums bei der Wahlkommission der DDR informierte deren Vorsitzende Petra Bläss am Donnerstag auf einer Pressekonferenz. Das Präsidium bestätigte damit einen entsprechenden Antrag der Berliner Wahlkommission und verweist in seiner Begründung auf den nach wie vor geltenden Beschluß der Volkskammer (5. Februar 1990).

Die zögernde Besetzung der Wahlvorstände war ein weiteres Thema. Die Situation habe sich in den letzten Tagen entspannt, wobei aber vor allem in Städten wie Cottbus, Magdeburg, Halle, Karl-Marx-Stadt und Plauen noch einiges zu tun bleibe. Insgesamt seien aber rund 80 Prozent

der Wahlvorstände komplett, und stündlich treffen weitere Meldungen ein. Das Problem liege zum einen darin, daß rund 46 000 Bürger in den Wahlkommissionen mitarbeiten, von denen viele bei der Volkskammerwahl in den Vorständen waren. Zum anderen stehen auch die immerhin 258 501 Kandidaten — unter ihnen 81 Ausländer —, die sich um die 119 652 Mandate bewerben, nicht für die Wahlvorstände zur Verfügung. Und auch die komplizierte Auszählung schrecke manche Interessierten ab. In dem Zusammenhang erwägt die Wahlkommission, das Auszählen der Stimmen für die beiden Ebenen in zwei Schichten vorzunehmen. Eine weitere Entlastung werde auch von der Anordnung der Minister für Arbeit und Soziales, Dr. Regine Hildebrandt, die die Freistellung von Bürgern zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen regelt, erwartet.

bundesdeutschen Organen zur Verfügung gestellt würden. Lothar de Maizière berichtete, daß seine Regierung schon einiges erreicht habe und verwies auf das Umtauschverhältnis 1:1 für Löhne und Gehälter. Im Hinblick auf eine eventuelle NATO-Mitgliedschaft der jetzigen DDR, sagte er, Ziel sei nicht Blockverschiebung, sondern Überwindung.

Mehrheitlich stimmten die Abgeordneten der Verlängerung der Wahlperiode der Schöffen an den Kreisgerichten und der Mitglieder von Schiedskommissionen zu. Die Tagung endete mit einer aktuellen Stunde, angeregt von der Fraktion Bündnis 90/Grüne, zu Fragen einer möglichen Lieferung von Grundstoffen zur Herstellung chemischer Waffen an den Irak. Grundtenor: Die Vorwürfe müßten zunächst sachlich untersucht werden. Der parlamentarische Staatssekretär für Abrüstung, Dr. Bertram Wiczorek (CDU), erklärte, alle Überprüfungen hätten bisher ergeben, daß die DDR in der Vergangenheit kein Giftgas, keine Chemikalien und keine Produktionsanlagen weitergegeben habe.



Wir sorgen für des Volkes Brot. Deshalb dürfen wir in dieser Gesellschaft nicht länger fünftes Rad am Wagen bleiben, bekundeten Landarbeiter und Forstleute während ihrer Demonstration im Berliner Lustgarten

Krankenhaus in Managua wird nicht aufgegeben

Managua (ADN). Die neue DDR-Regierung betrachtet das Krankenhaus „Carlos Marx“ in Managua und die Berufsausbildungsstätte in Jinotepe als vorrangige Objekte auch einer künftigen Entwicklungshilfe in Nicaragua. Beide Einrichtungen würden nicht aufgegeben, erklärte Hans-Wilhelm Ebeling, Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, bei einem Besuch in Jinotepe. Allerdings wolle seine Regierung der Entwicklungshilfe einen rein humanitären Charakter verleihen und betreibe daher deren Entideologisierung. Das schließt auch die Änderung der Namen, wie Ernst Thälmann für die Bildungsstätte und Karl Marx für das Hospital, ein.

Die jungen Techniker und Ingenieure legten dem Minister ihre gegenwärtigen Probleme dar, unter denen die Materialversorgung aus der DDR und die Sicherung ihrer Arbeitsplätze in der Heimat an erster Stelle rangieren.

Ebeling weilt anlässlich der Amtseinführung der neuen Präsidentin in Nicaragua.

Markus Meckel in Dublin: EG-Beitritt als Gesprächsthema

Dublin (ADN). Die DDR sieht nach Angaben von Außenminister Markus Meckel in dem Drei-Phasen-Konzept der EG zur Eingliederung der DDR in die Europäische Gemeinschaft ein wesentliches Element, dem deutschen Einigungsprozess gemeinsam mit der europäischen Integration voranzutreiben. Zu Beginn seiner Gespräche mit seinem irischen Amtskollegen Gerard Collins sagte Meckel am Donnerstag in Dublin, aus diesem Grunde werde es keine formellen Beitrittsverhandlungen der DDR zur EG geben. Notwendig sei allerdings, sich sehr bald über Modalitäten sowie Übergangs- und Sonderregelungen zu verständigen.

Lafontaine auf Weg der Besserung DDR empört über das Attentat

Bonn/Berlin (ADN). Der saarländische Ministerpräsident und SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine befindet sich nach Mitteilung der Ärzte auf dem Wege der Besserung. Wie am Donnerstag bekannt wurde, verfehlte die Täterin nur um einen Millimeter die zum Gehirn führende Schlagader. Wäre sie getroffen worden, hätte Lafontaine keine Überlebenschance gehabt.

Die als Adelheid Streidel aus Bad Neuenahr identifizierte Täterin hatte den Politiker am Mittwochabend in der Stadthalle von Köln-Mülheim bei einer Wahlveranstaltung mit einem Messer in den Hals gestochen. In einer zweistündigen Operation in der Kölner Universitätsklinik rangen drei Chirurgen um das Leben des 46jährigen Lafontaine. Die 42jährige, die noch am Tatort festgenommen wurde, ist am Donnerstag in eine psychiatrische Klinik im Raum Köln eingewiesen worden. Nach Meinung von Ärzten, die die Frau untersuchen, leidet sie an „paranoider Schizophrenie“.

Ohne die sofortige Hilfe zweier Rettungsassistenten und zweier Notärzte hätte Oskar Lafontaine das Attentat höchstwahrscheinlich nicht überlebt, sondern wäre verblutet. Die Mediziner hätten Lafontaine in einem „deutlichen Schockzustand durch massiven Blutverlust“, mit geschwächtem Kreislauf und „schonender“ Atmung vorgefunden.

Der Bundestag der BRD und die Volkskammer der DDR haben am Donnerstagmorgen das Attentat auf Oskar Lafontaine scharf verurteilt. „Der Deutsche Bundestag ist zutiefst betroffen von dieser abscheulichen Tat“, hieß es in einer Erklärung, die der Vizepräsident des Parlamentes, Richard Stücklen, zu Beginn der Sitzung verlas. Man hoffe, daß Oskar Lafontaine seinen Verpflichtungen als Ministerpräsident und seinen anderen politischen Verpflichtungen wieder nachkommen kann. Zu Beginn der Volkskammertagung erklärte Parlaments-Vizepräsident Dr. Reinhard Höppner (SPD), die Betroffenheit über den Anschlag gehe über alle Parteilengrenzen hinweg. „Gemeinsam haben wir die Verpflichtung, diese Art von Gewalt in ihren Ansätzen und Ursachen zu bekämpfen.“ Namens seiner Regierung brachte DDR-Premier Lothar de Maizière in einem Telegramm an Oskar Lafontaine seine große Bestür-

4 Jahre nach Tschernobyl Trauer, Besinnung, Spenden

Moskau (ADN). Die sowjetische Öffentlichkeit beug am Donnerstag mit Kundgebungen, Schweigeminuten und Gottesdiensten dem 4. Jahrestag der Katastrophe im Kernkraftwerk Tschernobyl. In der Ukraine wurde der 26. April als Tag der Trauer begangen. Alle öffentlichen Gebäude in der Republik waren beflaggt. Die öffentlichen Verkehrsmittel fuhren mit Abblendeblättern. Um 14 Uhr ertönten für fünf Minuten die Sirenen von Kiew. Mit einer Schweigeminute begann in den Betrieben vieler Städte der Republik die Schicht. In Kirchen wurden zusätzliche Gottesdienste zelebriert. Überall wurde zu Spendenaktionen für die Opfer der Katastrophe aufgerufen.

Vier Jahre nach der folgenschweren Katastrophe hatte am Vortag der Oberste Sowjet der UdSSR ein Programm zur weitestgehenden Beseitigung der Folgen des Reaktorunglücks von Tschernobyl angenommen. Danach sollen bis zum Jahre 1992 weitere 200 000 Menschen aus den verseuchten Gebieten evakuiert werden, in denen gegenwärtig noch rund drei Millionen Menschen, darunter 700 000 Kinder, leben. Der sowjetische Friedensfonds hatte zur finanziellen, materiellen und moralischen Unterstützung der Betroffenen des Reaktorunglücks einen 24stündigen „Barmherzigkeitsmarathon“ organisiert. Bis in die frühen Nachmittagsstunden waren von Menschen aus allen Teilen der UdSSR sowie aus Amerika, Japan und Westeuropa 38 Millionen Rubel und eine Million Dollar gespendet.

Statt landgestützter nun Raketen in Flugzeugen

Berlin (ND-Schwanz). Fast hätte man dem Pentagon einen großen Sprung bescheinigt: Bis 1995/96 sollen die Landstreitkräfte von derzeit 750 000 Mann auf 200 000 bis 250 000 abgespeckt werden. Michael Stone, der US-Minister für Landstreitkräfte, bestätigte jetzt diese Pläne. Addiert man das mit der fast schon sensationellen Ankündigung eines NATO-Beamten in Brüssel am Donnerstag, nach der die Allianz beabsichtigt, ihre Pläne zur Modernisierung der Kurzstreckenraketen aufzugeben und auch Hunderte nukleare Artilleriegeschosse abzuziehen, steht in Gedanken die Summe: Na bitte, die Veränderungen in Osteuropa bewegen also auch auf diesem Gebiet etwas.

Euphorie ist aber nicht angebracht. Obwohl USA-Präsident Bush und die britische Premier-

ministerin Thatcher kürzlich auf den Bermudas die Absicht erkennen ließen, keine neuen landgestützten Kurzstreckenraketen in die BRD zu bringen, drängen sie jetzt auf die Stationierung einer anderen, vom Flugzeug abzufeuern Nuklearrakete.

So gesehen ist auch die Tatsache, daß gestern die letzten neun Pershing-2-Raketen bei Heilbronn abgezogen wurden, nur von relativem Wert. Und auch die Freude der Heilbronner, sich nach 26 Jahren wieder atomwaffenfrei nennen zu können, dürfte nicht ungetrübt sein. Denn was nützt es, daß die UdSSR bereits 1615 ihrer 1846 und die USA 487 ihrer 846 Mittelstreckenraketen zerstört, wenn am Potomac bereits wieder darüber sinniert wird, ob, was landgestützt nun „fehlt“, nicht luftgestützt wieder heringeholt werden könnte.

Washington. Das Hubble-Weltraumteleskop ist ausgesetzt. Schwierigkeiten hatte es mit einem der beiden rund zwölf Meter langen Sonnensegel gegeben, deren Solarzellen das Gerät mit Strom versorgen.

Zwangsumtausch

Bukarest. Rumänien hat für jugoslawische Touristen einen Zwangsumtausch in Höhe von 200 Dollar eingeführt. Damit reagiert es auf den von Jugoslawien eingeführten Zwangsumtausch in derselben Höhe.

Erdbeben in China

Peking. Ein Erdbeben der Stärke 6,9 auf der nach oben offenen Richterskala hat Donnerstagabend Chinas Nordwestprovinz Qinghai erschütter.

Luanda ohne Strom

Luanda. Die regierungseigene UNITA hat erneut die Stromversorgung der angolanischen Hauptstadt unterbrochen. Sie sprengte in der Provinz Kwanzanorte zwei Masten der Luanda mit dem Cambambe-Wasserkraftwerk verbindenden Leitung.

Das Schrittmäß der Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten werde nach Auffassung Lothar de Maizières vom gemeinsamen Ziel bestimmt, Anfang Juli die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zu verwirklichen. Die Gespräche über den Staatsvertrag stecken derzeit noch in einem solchen Stadium, „daß breite Öffentlichkeit dort nicht hilfreich sein kann, eher verwirrend“. Er vertritt die Meinung, daß der rechte Zeitpunkt gefunden werde, um über konkrete Verhandlungsergebnisse zu informieren.

Das Schrittmäß der Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten werde nach Auffassung Lothar de Maizières vom gemeinsamen Ziel bestimmt, Anfang Juli die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zu verwirklichen. Die Gespräche über den Staatsvertrag stecken derzeit noch in einem solchen Stadium, „daß breite Öffentlichkeit dort nicht hilfreich sein kann, eher verwirrend“. Er vertritt die Meinung, daß der rechte Zeitpunkt gefunden werde, um über konkrete Verhandlungsergebnisse zu informieren.

Shamir bildet Regierung

Tel Aviv. Der israelische Staatspräsident Chaim Herzog hat den amtierenden Ministerpräsidenten und Führer des Likud-Blocks, Yitzhak Shamir, mit der Regierungsbildung beauftragt, nachdem der Führer der Arbeiterpartei, Shimon Peres, das Mandat zurückgegeben hatte.

Palästinenser erschossen

Gaza. Bei schweren Zusammenstößen zwischen Soldaten Tel Avivs und Demonstranten sind am Donnerstag in den von Israel besetzten Gebieten drei Palästinenser erschossen worden. 114 wurden verletzt.

Bahn Bagdad — Golfküste

Bagdad. Der Grundstein für eine 733 Kilometer lange doppelgleisige Eisenbahnstrecke von Bagdad zum Golfhafen Umm Qasr ist gelegt. Sie ist das wichtigste Verkehrsbauprojekt Iraks in den 90er Jahren.

Hubbleteleskop ausgesetzt

Washington. Das Hubble-Weltraumteleskop ist ausgesetzt. Schwierigkeiten hatte es mit einem der beiden rund zwölf Meter langen Sonnensegel gegeben, deren Solarzellen das Gerät mit Strom versorgen.

Washington

Washington. Das Hubble-Weltraumteleskop ist ausgesetzt. Schwierigkeiten hatte es mit einem der beiden rund zwölf Meter langen Sonnensegel gegeben, deren Solarzellen das Gerät mit Strom versorgen.

Washington

Washington. Das Hubble-Weltraumteleskop ist ausgesetzt. Schwierigkeiten hatte es mit einem der beiden rund zwölf Meter langen Sonnensegel gegeben, deren Solarzellen das Gerät mit Strom versorgen.

Washington

Washington. Das Hubble-Weltraumteleskop ist ausgesetzt. Schwierigkeiten hatte es mit einem der beiden rund zwölf Meter langen Sonnensegel gegeben, deren Solarzellen das Gerät mit Strom versorgen.

Washington

Washington. Das Hubble-Weltraumteleskop ist ausgesetzt. Schwierigkeiten hatte es mit einem der beiden rund zwölf Meter langen Sonnensegel gegeben, deren Solarzellen das Gerät mit Strom versorgen.

Spielraum für Verhandlungen?

Berlin (ADN). Bei einem Gespräch mit DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière hat Kanzleramtsminister Rudolf Seiters das Bonner Angebot zum Staatsvertrag als fair und verantwortungsvoll gewertet. Dies sei von Anfang an kein taktisches Angebot gewesen, sagte er am Donnerstag nach einem Treffen mit dem Premier in Berlin, aber „wir haben immer auch gesagt, daß wir die Verhandlungen als gleichberechtigte Partner führen“. Nach Seiters gebe es keine gleichberechtigten Verhandlungen, wenn es keine Spielräume gibt. Am Ende der Verhandlungen werde ein Vertrag stehen, „der nicht völlig identisch ist mit dem Angebot“.

Das Schrittmäß der Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten werde nach Auffassung Lothar de Maizières vom gemeinsamen Ziel bestimmt, Anfang Juli die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zu verwirklichen. Die Gespräche über den Staatsvertrag stecken derzeit noch in einem solchen Stadium, „daß breite Öffentlichkeit dort nicht hilfreich sein kann, eher verwirrend“. Er vertritt die Meinung, daß der rechte Zeitpunkt gefunden werde, um über konkrete Verhandlungsergebnisse zu informieren.

KURZ

Shamir bildet Regierung

Tel Aviv. Der israelische Staatspräsident Chaim Herzog hat den amtierenden Ministerpräsidenten und Führer des Likud-Blocks, Yitzhak Shamir, mit der Regierungsbildung beauftragt, nachdem der Führer der Arbeiterpartei, Shimon Peres, das Mandat zurückgegeben hatte.

Palästinenser erschossen

Gaza. Bei schweren Zusammenstößen zwischen Soldaten Tel Avivs und Demonstranten sind am Donnerstag in den von Israel besetzten Gebieten drei Palästinenser erschossen worden. 114 wurden verletzt.

Bahn Bagdad — Golfküste

Bagdad. Der Grundstein für eine 733 Kilometer lange doppelgleisige Eisenbahnstrecke von Bagdad zum Golfhafen Umm Qasr ist gelegt. Sie ist das wichtigste Verkehrsbauprojekt Iraks in den 90er Jahren.

Hubbleteleskop ausgesetzt

Washington. Das Hubble-Weltraumteleskop ist ausgesetzt. Schwierigkeiten hatte es mit einem der beiden rund zwölf Meter langen Sonnensegel gegeben, deren Solarzellen das Gerät mit Strom versorgen.

Washington

Washington. Das Hubble-Weltraumteleskop ist ausgesetzt. Schwierigkeiten hatte es mit einem der beiden rund zwölf Meter langen Sonnensegel gegeben, deren Solarzellen das Gerät mit Strom versorgen.

Washington

Washington. Das Hubble-Weltraumteleskop ist ausgesetzt. Schwierigkeiten hatte es mit einem der beiden rund zwölf Meter langen Sonnensegel gegeben, deren Solarzellen das Gerät mit Strom versorgen.